Niederschrift

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Zetel
am Donnerstag, den 22.12.2016, um 19:00 Uhr im Schloss Neuenburg, Sitzungssaal

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Heiner Lauxtermann

stellv. Bürgermeister

Herr Eckhard Lammers

Herr Fred Gburreck

Ratsvorsitzender

Herr Bernd Pauluschke

stellv. Ratsvorsitzende

Frau Angela Röbbke

Beigeordnete/r

Herr Heiner Haesihus

Herr Hans-Werner Kammer

Herr Heinrich Meyer

Herr Jörg Mondorf

Herr Jörn Müller

Herr Wilhelm Wilken

Ratsmitglieder

Herr Hans Bitter

Herr Wolfgang Brauers

Frau Hanne Cordes

Herr Claus Eilers

Herr Klaus-Dieter Huger

Herr Bernd Janssen

Herr Sönke Janssen

Herr Heiner Julfs

Herr Christian Keller

Herr Uwe Koopmann

Frau Inke Koring

Herr Ingo Logemann

Herr Gerhard Rusch

Frau Ingrid Salamero y Mur

Herr Fritz Schimmelpenning

Frau Wiebke Schröder

Herr Hans-Jürgen Tebben

Von der Verwaltung

Herr Bernd Hoinke

Herr Detlef Kant

(zugleich als Protokollführer)

Herr Olaf Oetken

Herr Michael Röben

Frau Sabine Ronken

Herr Heinz Thormählen

Büro Thalen

Herr Dipl. Ing. Bottenbruch (zu TOP 7)
Frau Landschaftsplanerin Wamboldt (zu TOP 7)

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglieder

Herr Jan Szengel

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der anwesenden Ratsmitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Rates der Gemeinde Zetel am 01.11.2016
3. Einwohnerfragestunde
4. Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Zetel (siehe Anlage)
5. Gesellschafterversammlung Wohnungsbau Friesland; hier: Neufassung des GmbH-Vertrages (Verwaltungsausschuss am 06.12.2016, TOP 6)
6. Antrag der UWG-Fraktion auf Standortklärung der Feuerwehr Zetel vom 11.11.2016 (Verwaltungsausschuss am 22.12.2016, TOP 4)
7. 9. Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 111 "Windpark Herrenmoor"; Abwägung und Satzungsbeschluss (Verwaltungsausschuss am 22.12.2016, Top 3)
Vorlage: 071/2016
8. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Gemeindeangelegenheiten und wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses
9. Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der anwesenden Ratsmitglieder, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Protokoll:

Ratsvorsitzender Pauluschke eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die anwesenden Ratsmitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Da sich die heutige Sitzung der derzeit gültigen Geschäftsordnung zu unterwerfen hat, schlägt Beigeordneter Wilken vor, die Einwohnerfragestunde in die Tagesordnung aufzunehmen und mit einer eigenen Ordnungsziffer zu versehen. Diesem Vorschlag kommt Ratsvorsitzender Pauluschke nach. Der Rat der Gemeinde Zetel beschließt die geänderte Tagesordnung.

Ratsvorsitzender Pauluschke stellt die Tagesordnung sodann fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die konstituierende Sitzung des Rates der Gemeinde Zetel am 01.11.2016

Protokoll:

Beigeordneter Wilken führt aus, dass er sich, da nicht alle Beschlüsse protokolliert worden seien, der Stimme enthalten wird.

Die Niederschrift wird bei einer Enthaltung genehmigt.

zu 3 Einwohnerfragestunde

Protokoll:

Ratsvorsitzender Pauluschke ruft die Durchführung der Einwohnerfragestunde auf. Er erläutert die bestehenden Rechtsvorschriften, nachdem lediglich Einwohner der Gemeinde das Rederecht haben und bittet die anwesenden Bürgerinnen und Bürger darum, vor der Fragestellung den Namen, Vornamen und Wohnort zu nennen. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass es sich bei der Einwohnerfragestunde nicht um eine Gelegenheit handelt, in der die Öffentlichkeit mit den Ratsmitgliedern in eine Diskussion einsteigen zu können. Auch die Abgabe von Stellungnahmen ist nicht zu-

lässig. Insgesamt soll die Einwohnerfragestunde 15 Minuten betragen. Diese Zeit kann geringfügig erweitert werden.

zu 4 Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Zetel (siehe Anlage)

Protokoll:

Die Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" hat bereits in der Ratssitzung am 01.11.2016 beantragt, dass § 11 Satz 2 geändert werden soll. Der Rat der Gemeinde Zetel beschließt einstimmig, die Geschäftsordnung in § 11 Satz 2 wie folgt zu ändern:

"Der Beschluss bedarf einer einfachen Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder."

Die SPD/FDP-Gruppe beantragt die Änderungen des § 10 Absatz 6 Satz 2. Der Rat der Gemeinde Zetel beschließt einstimmig nachfolgende Änderung:

"Die/Der Ratsvorsitzende kann im Einzelfall zulassen, dass ein Ratsmitglied mehr als 2mal zu einer Sache sprechen darf."

Die SPD/FDP-Gruppe beantragt die Änderung des § 14 Absatz 4 Satz 2. Der Rat der Gemeinde Zetel beschließt einstimmig nachfolgende Änderung:

"Auf Antrag und durch mehrheitlichen Beschluss ist namentlich abzustimmen."

Die SPD/FDP-Gruppe beantragt die Änderung des § 14 Absatz 5 Satz 1. Beigeordneter Wilken macht deutlich, dass die Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" sich weiterhin dafür ausspricht, einen Antrag auf geheime Abstimmung zuzulassen, wenn sich mindestens ein Drittel der anwesenden Ratsmitglieder dafür ausspricht .

Der Rat der Gemeinde Zetel fasst bei 12 Gegenstimmen und einer Enthaltung folgenden Beschluss:

"Auf Antrag und mehrheitlichen Beschluss wird eine geheime Abstimmung durchgeführt; die geheime Abstimmung hat Vorrang vor namentlicher Abstimmung."

Die SPD/FDP-Gruppe beantragt die Änderung des § 17.

Beigeordneter Meyer ergänzt, dass die zeitliche Begrenzung zur Durchführung der Einwohnerfragestunde 15 Minuten betragen soll. Beigeordneter Wilken führt aus, dass er die zeitliche Befristung für unnötig hält, da so-

wohl die Ausschüsse als auch der Rat der Gemeinde Zetel in den letzten Jahren insgesamt mit der Durchführung der Einwohnerfragestunde gut umgegangen sind. Fragestunden, die längere Zeit in Anspruch genommen haben, konnten regelmäßig gute Ergebnisse entnommen werden. Zudem hält er es für ein negatives Zeichen gegenüber der Öffentlichkeit, deren Redezeit von vornherein zu begrenzen.

Der Rat der Gemeinde Zetel fasst sodann bei 13 Gegenstimmen und 15 Stimmen dafür nachfolgenden Beschluss:

§ 17 Absatz 1 wird um folgenden Satz ergänzt:
"Sie soll 15 Minuten nicht überschreiten."

Mit dem Antrag auf Änderung des Absatzes 2 wird lediglich die textliche Festsetzung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes in die Geschäftsordnung übernommen, wie Ratsvorsitzender Pauluschke ausführt. Grundsätzlich kann sich Beigeordneter Wilken dem anschließen, schlägt jedoch vor, anstatt dieses von der Öffentlichkeit zu fordern, die Bürgerinnen und Bürger darum zu bitten.

Der Rat der Gemeinde Zetel fasst sodann bei einer Enthaltung nachfolgenden Beschluss:

§ 17 Absatz 2 wird um folgenden Satz ergänzt:
"Dazu wird er/sie gebeten, seinen/ihren Vor- und Zunamen und den Wohnort zu nennen."

Die SPD/FDP-Gruppe beantragt die Änderung des § 17 Absatz 3 der Geschäftsordnung. Nachdem lediglich der Bürgermeister in der ursprünglichen Fassung in der Geschäftsordnung gefordert war, die Anfragen zu beantworten, soll dieses auch dem Ratsvorsitzenden ermöglicht werden, wie Beigeordneter Meyer ergänzend ausführt. Dem kann Beigeordneter Wilken grundsätzlich zustimmen, schlägt aber vor, da in erster Linie der Bürgermeister zur Beantwortung der Fragen aufgerufen ist, die Reihenfolge dahingehend zu ändern, dass zunächst der Bürgermeister und ergänzend der Ratsvorsitzende antwortet.

Der Rat der Gemeinde Zetel fasst sodann bei 5 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen und 21 Stimmen dafür nachfolgenden Beschluss:

"Die Fragen werden vom Bürgermeister oder vom Ratsvorsitzenden beantwortet."

Die SPD/FDP-Gruppe beantragt die Ergänzung des § 18 Absatz 2 der Geschäftsordnung. Ratsvorsitzender Pauluschke ergänzt, dass damit ein Streitfall aus der letzten Legislaturperiode des Rates der Gemeinde Zetel geregelt wird. Beigeordneter Wilken hält die Protokollierung der Fragen und Antworten aus der Einwohnerfragestunde für sinnvoll, um diese in die Beratungen einfließen zu lassen oder umsetzen zu können.

Der Rat der Gemeinde Zetel fasst sodann bei 12 Stimmen dagegen einer Enthaltung und 15 Stimmen dafür nachfolgenden Beschluss:

An § 18 Absatz 2 wird nachfolgender Satz angefügt:

"Die Fragen und Antworten aus der Einwohnerfragestunde werden nicht in das Protokoll aufgenommen."

Ratsvorsitzender Pauluschke stellt fest, dass die Geschäftsordnung für den Rat der Gemeinde Zetel und seine Ausschüsse mit den soeben beschlossenen Änderungen mit sofortiger Wirkung gilt.

zu 5

Gesellschafterversammlung Wohnungsbau Friesland; hier: Neufassung des GmbH-Vertrages (Verwaltungsausschuss am 06.12.2016, TOP 6)

Protokoll:

Bürgermeister Lauxtermann erläutert, dass der Landkreis Friesland der Hauptträger der Gesellschafterversammlung ist. Daneben sind auch die Landessparkasse und Kommunen in der Gesellschafterversammlung vertreten. Der Stimmenanteil richtet sich nach dem Anteil des eingebrachten Kapitals. Die Stadt Schortens hat nunmehr unentgeltlich ein Grundstück bereitgestellt und damit ihren Kapitalanteil erhöht. Dadurch wird die Neufassung des GmbH Vertrages notwendig.

Ratsmitglied Koopmann weiß, dass der Anteil der Gemeinde Zetel in der Gesellschafterversammlung 20.000 Euro, wie auch der der Gemeinde Sande, beträgt. Er fordert, dass sich die Gemeinde Zetel verstärkt für die Schaffung günstigen Mietwohnraumes engagiert und schlägt vor, dass dazu, vergleichbar der Stadt Schortens, ein Grundstück bereitgestellt werden sollte.

Für die Vermietung günstigen Wohnraumes steht, wie Bürgermeister Lauxtermann ausführt, die Wohnungsbaugesellschaft. Die Vorstellungen der Wohnungsbaugesellschaft zur Schaffung und Vermietung von Wohnraum trotz der unentgeltlichen Bereitstellung eines Grundstückes hält er aber, wie Verhandlungen in 2016 gezeigt haben, für nicht praktikabel. Daraufhin hat die Gemeinde Zetel beschlossen, über die Zeteler Ökostrom GmbH selbst ein Mehrfamilienhaus auf einem gemeindeeigenen Grundstück zu errichten.

Ratsmitglied Koopmann weist darauf hin, dass die Mieten auch für Personen mit geringem Einkommen erschwinglich bleiben müssen. In die Mieten sind alle entstehenden Verwaltungskosten einzurechnen.

Ratsvorsitzender Pauluschke erklärt, dass er oder als Vertreter Ratsmit-

glied Müller die Interessen der Gemeinde Zetel in der Gesellschafterversammlung wahrnehmen. Zu dem Neubau des Mehrfamilienhauses "Am Wall" erläutert Bürgermeister Lauxtermann, dass dort ein 14 Parteienhaus errichtet wird. Die Miete wird inklusive der Verwaltungskosten bei 6 Euro pro Quadratmeter liegen. Die Wohnungsbaugesellschaft ist bei ihrer Kalkulation von 7,50 Euro pro Quadratmeter ausgegangen. Dem hält Beigeordneter Wilken entgegen, dass zwar die Zeteler Ökostrom als Bauherr auftritt, jedoch, da diese nicht über eigenes Personal verfügt, die Abwicklung der Geschäfte mit Hilfe des Personals aus der Verwaltung der Gemeinde Zetel erfolgen wird. Der Forderung nach Bereitstellung günstigen Wohnraums des Ratsmitgliedes Koopmann schließt er sich an. Bürgermeister Lauxtermann macht deutlich, dass in dem Mietpreis von 6 Euro per Quadratmeter auch die Verwaltungskosten, die der Gemeinde Zetel zu erstatten sind, eingerechnet sind.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Zetel stimmt sodann der Neufassung des GmbH-Vertrages einstimmig zu.

zu 6

Antrag der UWG-Fraktion auf Standortklärung der Feuerwehr Zetel vom 11.11.2016 (Verwaltungsausschuss am 22.12.2016, TOP 4)

Protokoll:

Für die UWG-Fraktion erläutert Beigeordneter Haesihus den vorliegenden Antrag. Dieser wurde gestellt, weil nach Auffassung der Fraktion keine Alternativen zum Standort des Feuerwehrgerätehauses am Markthamm geprüft wurden. Seine Erfahrungen als langjähriger Gemeindebrandmeister lassen ihn an der ausreichenden Größe dieses Geländes für den Neubau zweifeln. Notwendig wären nach seiner Auffassung wenigstens 5.000 Quadratmeter, doch stehen am Markthamm lediglich 4.000 Quadratmeter zur Verfügung. Auch die neu zu schaffende 80 Meter lange Auffahrt ist für einen Einsatzfall zu schmal, wie er unter Hinweis auf die Unfallverhütungsvorschriften darlegt. Die Unfallverhütungsvorschriften fordern getrennte Zufahrten der Alarmstraßen und der Zufahrten für PKWs. Ein weiterer Engpass wird sich an der Einmündung der Anbindung des neuen Feuerwehrgerätehauses an der Bohlenberger Straße finden. Zwar betrifft die Nutzung dieser Zuwegung lediglich die Zeit zur Durchführung des Zeteler Marktes, doch sieht er insgesamt die Sicherheit während dieses Zeitraums gefährdet. Er ruft dazu auf, den Standort nochmals zu überdenken. Der Feuerwehrbedarfsplan weist den jetzigen Standort als gut aus, damit ist aber nicht ausgeschlossen, dass auch andere Standorte sehr geeignet sind.

Den Ausführungen schließt sich Beigeordneter Mondorf an und würde eine Beratung und Entscheidung über den künftigen Standort des Feuerwehrgerätehauses in den Fachausschüssen und dem Rat begrüßen.

Auch Ratsmitglied Koopmann schließt sich den Ausführungen an und erkundigt sich, wann der Standort am Markthamm beschlossen worden ist. Beigeordneter Wilken verdeutlicht, dass die Beratungen zur Errichtung eines neuen Feuerwehrgerätehauses in Zetel keine Eindeutigkeit bezüglich des Standortes erkennen ließ. Ein schriftlicher Beschluss liegt nicht vor. Er begrüßt den Antrag der UWG-Fraktion, der, da er bereits am 11.11.2016 eingegangen ist, bereits in Fachausschüssen hätte beraten werden können. Die Entscheidung des Standortes ist von so großer Bedeutung, dass die Planung des neuen Feuerwehrgerätehauses dahinter zurückstehen sollte, sodass im Januar 2017 ausführlich dazu beraten werden sollte.

Beigeordneter Meyer erinnert an die Sitzung des Wirtschafts-, Finanz- und Feuerschutzausschusses im Sommer 2016 im Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Zetel. Die Fläche wurde damals während eines Ortstermins besichtigt. Anschließend wurde auf Vorschlag der SPD-Fraktion von der Verwaltung eine Skizze vorgelegt, aus der ersichtlich wurde, dass neue Gebäude würde auf der vorhandenen Fläche Platz finden. Aufgrund dieser Zeichnung ist der Standort sodann im Verwaltungsausschuss beschlossen worden. Die SPD/FDP-Gruppe sieht keinen neuen Aspekt zur Standortfrage, sodass sie an dem vorhandenen Beschluss festhält.

Beigeordneter Wilken hingegen sieht keine eindeutige Beschlusslage, sondern lediglich die Vergabe zur Planung des Gerätehauses an ein Architekturbüro. Dem wiederum hält Bürgermeister Lauxtermann entgegen, dass der Planungsauftrag grundstücksgebunden war, die Festlegung des Grundstückes also im Beschluss inkludiert ist. Mit Verweis auf den Feuerwehrbedarfsplan teilt er mit, dass dieser Platz sehr geeignet für den Standort der Freiwilligen Feuerwehr Zetel ist. Nicht nur die Gebäude passen auf die vorhandene Fläche, der Markthamm steht weiter für Übungen zur Verfügung und der Gesamtbereich vor dem Feuerwehrgerätehaus ist ausreichend befestigt. Für die Zeit des Zeteler Marktes konnte eine zweite Zufahrt gesichert werden. Nach Gesprächen mit Mitgliedern der aktiven Feuerwehr Zetel kann er davon ausgehen, dass die Mitglieder diesen Standort begrüßen. Das Feuerwehrgerätehaus wird über insgesamt 6 Boxen, einen Katastrophenschutzraum und Räume für die Jugendwehr und den Spielmannszug verfügen. Damit sind alle für die Feuerwehr Zetel notwendigen oder mit ihr verbundenen Einrichtungen untergebracht. Der Antrag ist nach seiner Auffassung zu spät eingereicht worden, weil bereits ein Beschluss des Verwaltungsausschusses über den Standort vorliegt. Er ruft dazu auf, die angeschobenen Planungen wie vorgesehen fortzuführen. Abbruch und Beginn eines neuen Verfahrens wären bedauerlich.

Beschluss:

Der Antrag auf Prüfung von 4 alternativen Standorten für die Errichtung des neuen Feuerwehrgerätehauses in Zetel der UWG-Fraktion wird sodann bei 13 Stimmen dafür und 15 Gegenstimmen angelehnt.

zu 7

9. Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 111 "Windpark Herrenmoor"; Abwägung und Satzungsbeschluss (Verwaltungsausschuss am 22.12.2016, Top 3)

Vorlage: 071/2016

Protokoll:

Bürgermeister Lauxtermann teilt eingangs mit, dass sowohl der Umwelt- und Planungsausschuss als auch der Verwaltungsausschuss dem Rat der Gemeinde Zetel empfehlen, die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 111 "Windpark Herrenmoor" zu beschließen.

Ratsmitglied Koopmann führt aus, dass er sich bereits vor 30 Jahren für die Windkraft eingesetzt hat und immer noch zu dieser alternativen Energiegewinnung steht. Dass aber die jetzige Planung mit einer solchen Intensität durchgeführt und damit in Zetel ein vierter Windpark errichtet werden soll, empfindet er als störend. Die Belange der Bürgerinnen und Bürger sowie der Natur werden nicht in ausreichenden Maße gewürdigt. Die Toleranzgrenze zur Ausweisung weiterer Windenergieanlagen ist im vorliegenden Fall überschritten. Er betont, dass der Rat frei in seinen Entscheidungen ist und heute nicht zwingend eine Entscheidung für den Windpark fallen muss, nur weil die Planungen soweit fortgeschritten sind. Er sieht keinen Grund, den Windpark im Bereich Herrenmoor zwingend auszuweisen. Auch die Belange des Freizeitgeländes sind nicht ausreichend geschützt. Der Schutz der Kraniche, insbesondere durch den Versuch, diese durch Umfütterung an neue Gebiete zu gewöhnen, sieht er als äußerst zweifelhaft an, da kaum sichergestellt werden kann, dass bereit gelegtes Futter nicht von anderen Wildtieren aufgenommen wird. Die Wirtschaftlichkeit des Parks wurde bereits angezweifelt. Selbst wenn die Windenergieanlagen nicht in Betrieb sind, werden die roten Positionslichter auf den Gondeln sichtbar bleiben. Grundsätzlich ist die Ausweisung von Windenergieanlagen akzeptabel, muss sicher aber auf Gebiete beschränken, wo dieses unter Berücksichtigung der Belange von Mensch und Natur möglich ist. Er ruft dazu auf, Standorte zu optimieren und künftig interkommunal Windparks auszuweisen. Die Fläche in Astederfeld sollte zunächst freigehalten werden und könnte möglicherweise neu geprüft werden, wenn technisch fortgeschrittene Anlagen zur Verfügung stehen. Er betont, dass in Bredehorn eine aktive funktionierende Dorfgemeinschaft besteht, die von den Windenergieanlagen belastigt, wenn nicht gar gesundheitlich gefährdet wird. In Erinnerung daran, dass bereits Windenergieanlagen umgekippt sind, Teile verloren haben oder ausgebrannt sind, kann in der Nutzung der öffentlichen Wege im Bereich des Windparks eine Gefährdung bestehen. Er fragt an, ob diese Wege künftig eingeschränkt nutzbar sind und so z. B. bei Sturm oder kritischen Wetterlagen gesperrt werden. Die Fülle des im Zuge der Planung entstandenen Materials machte es zudem für ihn unmöglich, dieses alles ausreichend zu sichten. Er wird dem vorgesehenen Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Für die Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen" macht Ratsmitglied Janssen deutlich, dass sich diese gegen die Ausweisung eines Windparks wendet. Die als Grundlage dienende Überarbeitung der Potenzialstudie ist nach

ihrer Auffassung fehlerhaft. Die Belange von Natur und Mensch sind nicht ausreichend gewürdigt worden.

Ratsmitglied Tebben macht deutlich, dass nach der Potenzialstudie die Errichtung von 4 Windenergieanlagen möglich gewesen wäre. Insgesamt würden dann 16 Windenergieanlagen in der Gemeinde Zetel stehen. In der Gemeinde Bockhorn sind deutlich mehr Windenergieanlagen vorhanden, welche in großer Zahl auch entlang der Grenze zur Gemeinde Zetel errichtet wurden. Die Fläche der Windparks beziffert er auf unter 2 % der Gesamtgröße der Gemeinde Zetel. Im Vergleich zu anderen Festsetzungen wie Vorsorgegebiete oder Naturschutzgebiete ist diese Zahl verschwindend gering. Die Änderung des Flächennutzungsplanes und die Aufstellung des Bebauungsplanes sind sorgfältig vorbereitet worden. Alle Belange wurden gutachterlich geprüft und alle rechtlichen Vorgaben eingehalten. Die Einspeisung des Stromes wird in Neuenburg erfolgen, sodass der vor Ort regenerativ erzeugte Strom in der Region Verwendung findet. Die Gemeinde Zetel beteiligt sich mit der Ausweisung eines weiteren Windparks am Gelingen der Energiewende. Die Ausweisung eines Windparks im Bereich Herrenmoor hält er für gerechtfertigt. Ratsmitglied Koring erläutert, dass die UWG-Fraktion grundsätzlich für die Ausweisung von Windparks ist, diese aber nicht um jeden Preis umgesetzt werden dürfen. Sie hält einen Mindestabstand zur Wohnbebauung von einem Kilometer für erforderlich. Anlagen, wie sie im Windpark Herrenmoor geplant sind, werden nachgewiesenermaßen zu gesundheitlichen Problemen bei den Anliegern führen. Die Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind nicht ausreichend bewältigt. Der erzeugte Strom kann nicht zu akzeptablen Preisen abgegeben werden, sodass die Wirtschaftlichkeit der Anlagen nur über eine Bezuschussung, die aber von allen Stromkunden erbracht werden muss, möglich ist. Sie sieht hier ein Bauleitverfahren, welches mit zeitlich hohem Druck noch in 2016 abgeschlossen werden soll, um den Betreibern auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger eine Gewinnmaximierung zu garantieren. Sie erinnert daran, dass die SPD-Fraktion noch in 2002 gegen die Ausweisung von Windenergieanlagen im Bereich Blauhand gewesen ist. Auch in 2009 hat sich die SPD-Fraktion noch gegen die Windenergie im Bereich Herrenmoor ausgesprochen. In der Gemeinde Bockhorn bestehen ebenfalls Bedenken. Insgesamt sind während der erneuten Offenlegung 88 Stellungnahmen gegen die Ausweisung eines Windparks in diesem Bereich eingegangen. Sie ruft dazu auf, zunächst ein dreijähriges Monitoring durchzuführen, um umfassend die naturrechtlichen Belange abzuklären. Erst danach sollte über den Bau der Windkraftanlagen entschieden werden. Auch fragt sie sich, ob die Wirtschaftlichkeit aufgrund der hohen Abschaltzeiten noch gegeben ist. Die Bauleitplanung soll nach ihrer Auffassung jetzt abgeschlossen werden, weil bereits hohe finanzielle Aufwendungen getätigt wurden. Sie bittet darum, dass die Ratsmitglieder nicht unter Fraktionszwang sondern nach ihrer persönlichen Entscheidung abstimmen. Die Errichtung eines Windparks lohnt sich im vorliegenden Falle nur für die Betreiber, nicht aber für die Anwohner.

Die UWG-Fraktion ist in dieser Frage, wie Beigeordneter Haesihus verdeutlicht, gespalten. Weil aber auch nach seiner Auffassung der Abstand zu den Wohngebäuden zu gering ist, wird er ebenfalls seine Zustimmung verweigern.

Für die FDP macht Ratsmitglied Huger deutlich, dass die eingegangenen Stellungnahmen unabhängig und neutral aufgearbeitet und rechtlich einwandfrei bewertet wurden. Die umfassende Planung und Prüfung der eingegangenen Anregungen und Bedenken verschafft ein großes Informationsvolumen, welches die Basis für eine solide Entscheidung bildet. Dabei macht er aber auch keinen Hehl daraus, dass er zum Wohle der Gemeinde Zetel der Änderung des Flächennutzungsplanes und der Ausweisung des Bebauungsplanes "Windpark Herrenmoor" zustimmen wird, weil er der Überzeugung ist, dass dieses Verfahren rechtlich einwandfrei durchgeführt wurde, obwohl die FDP in der Windkraft keinen Grundträger der Energiewende sieht, weil diese Anlagen nicht durchgehend betrieben werden können, sondern vielmehr aus naturschutzrechtlichen oder auch aus meteorologischen Gründen abgeschaltet werden müssen oder wegen fehlenden Windes nicht in Betrieb sind. Aber auch die regenerative Energie aus Wasserkraft oder Sonne sind kein ausreichend guter Träger.

Beigeordneter Wilken bittet darum, die Stellungnahme des Landkreises Friesland, dort insbesondere der Unteren Naturschutzbehörde, die der Planung voll umfänglich zustimmt, nachzureichen. Bürgermeister Lauxtermann macht deutlich, dass der Landkreis dem Verfahren zugestimmt hat und die Baugenehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzverfahrens bei Satzungsbeschluss in Aussicht stellt. Die Stellungnahme des Landkreises wird den Ratsmitgliedern nochmal zur Kenntnis vorgelegt werden. Auf die Ausführung des Ratsmitgliedes Huger verdeutlicht er, dass die Windkraft sehr wohl als Grundlastträger im Rahmen der Energiewende anerkannt ist.

Beigeordneter Meyer verweist auf den Außenbereich. Gerade im Außenbereich sind privilegierte Anlagen möglich. Ausschließlich im Außenbereich können Windenergieanlagen errichtet werden. Das Wohnen hat hinter die privilegierte Nutzung des Außenbereiches zurück zu treten. Der Bereich Herrenmoor ist die letzte verbleibende Fläche in der Gemeinde Zetel, auf der ein Windpark betrieben werden kann. Kern- und Kohlekraftwerke sollen vom Netz genommen und gleichzeitig die Elektromobilität gefördert werden. Dieses macht zwingend die Erschließung und ausreichende Gewinnung regenerativen Stroms erforderlich. Den Vorwurf der UWG-Fraktion, die SPD-Fraktion hätte früher die Ausweisung von Windparks verurteilt, ist so nicht richtig. Die SPD-Fraktion hat sich vielmehr wegen der Zerstörung des Landschaftsbildes im Bereich Blauhand durch Windenergieanlagen gewandt. Nachdem aber die Gemeinde Bockhorn dort Anlagen zugelassen hat, hat die Fraktion keinen Grund mehr gesehen, nicht auch auf Zeteler Gebiet den Windpark zu erweitern. Er erinnert aber daran, dass die SPD-Fraktion seinerzeit die Zerstörung des Landschaftsbildes auf dem Zeteler Esch verhindert hat. Mit Errichtung von jetzt 3 Windenergieanlagen trägt die Gemeinde Zetel zur Energiewende bei. Nach den ersten Planungen wären 5 Energieanlagen möglich gewesen, die im Kompromiss jetzt auf 3 Anlagen reduziert wurden. Diesen Windpark hält er daher durchaus für vertretbar.

Auf die Ausführungen des Ratsmitgliedes Koopmann erläutert Bürgermeister Lauxtermann, dass die öffentlichen Straßen im Bereich des Windparks zu jeder Zeit nutzbar sein werden. Es ist davon auszugehen, dass die Windenergieanlagen nach der Prüfung aufgrund öffentlich rechtlicher Vor-

schriften und der vorgelegten Statik sicher sein werden. Darauf ist zunächst, wie auch bei der Errichtung von Wohngebäuden, zu vertrauen. Die Nutzung des Windparks ist geprüft worden und in ausreichendem Maße möglich. Er erinnert daran, dass nach dem Aufstellungsbeschluss für den "Windpark Herrenmoor" ein städtebaulicher Vertrag mit dem Investor geschlossen wurde. Danach war zu prüfen, ob die Ausweisung eines Windparks im öffentlichen rechtlichen Verfahren möglich ist. Als Ergebnis konnte festgestellt werden, dass die Umsetzung grundsätzlich erfolgen kann. Das Bauleitverfahren ist sodann rechtlich einwandfrei erfolgt. Nachdem der Bebauungsplan grundsätzlich genehmigungspflichtig ist, kann die Gemeinde Zetel entsprechend des städtebaulichen Vertrages jetzt in konsequenter Weise nur den Satzungsbeschluss fassen. Er betont, dass alle Voraussetzungen, wie sie auch für die Ausweisung der Windparks in Spolsen, Driefel und Bohlenmeersbäke für die Gemeinde gegolten haben, auch hier Anwendung gefunden haben.

Für die CDU-Fraktion macht Beigeordneter Mondorf deutlich, dass der Windpark in vielen Sitzungen und Besprechungen beraten wurde. Es ist sehr viel Information zur Meinungsbildung herangezogen und in der Fraktion kontrovers diskutiert worden. Ein Fraktionszwang zur Beschlussfassung des Windparks besteht nicht, jedoch wird die Beschlussvorlage insgesamt unterstützt. Die eingegangenen Einwendungen sind geprüft und abgewogen worden, so dass er jetzt dazu aufruft, das Ergebnis zu akzeptieren. Diesen Aufruf richtet er auch in besondere Weise an die Mitglieder der anwesenden Bürgerinitiative.

Ratsvorsitzender Pauluschke lässt über den Antrag des Ratsmitgliedes Koring auf geheime Abstimmung entscheiden. Der Antrag wird bei 8 Stimmen dafür und 20 Gegenstimmen abgelehnt.

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Zetel fasst sodann bei 6 Gegenstimmen und 22 Stimmen dafür nachfolgenden Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Zetel wägt die während der öffentlichen Auslegungen (Offenlegung nach § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und erneute Offenlegung nach § 4 a Abs. 3 BauGB) vorgebrachten Anregungen und Bedenken wie in den dieser Beschlussvorlage beigefügten Unterlagen dargestellt ab.

Die von den beteiligten Behörden nach §§ 4 Abs. 2 und 4 a Abs. 3 BauGB vorgebrachten Anregungen und Bedenken werden ebenfalls wie dargestellt abgewogen.

Der Rat der Gemeinde Zetel beschließt die 9. Änderung des Flächennutzungsplanes, bestehend aus Planzeichnung, Begründung und Umweltbericht.

Der Rat der Gemeinde Zetel beschließt den Bebauungsplan Nr. 111 „Windpark Herrenmoor“, bestehend aus Planzeichnung, Begründung und

Umweltbericht, als Satzung.

zu 8

Bericht des Bürgermeisters über wichtige Gemeindeangelegenheiten und wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

Protokoll:

1. Bürgermeister Lauxtermann teilt mit, dass die Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes zur Einführung wiederkehrender Beiträge für den Straßenausbau ursprünglich im November 2016 abgeschlossen hätte sein sollen. Soweit es die Beiträge betrifft, sind die Rechtsänderungen auch erfasst. Im Zuge der Änderungen des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes soll aber auch die Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens geprüft werden. Dieses nimmt noch einige Zeit in Anspruch, sodass zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgegangen werden kann, dass die Neufassung des Abgabengesetzes im März 2017 vorliegen wird.
2. Bürgermeister Lauxtermann teilt mit, dass die Planfeststellung der II. Erweiterung des Bodenabbaus in Zetel-Bohlenbergerfeld in Form der Herstellung von zwei Gewässern dritter Ordnung durch den Abbau von Sand und Kies durch die Firma Kiesgrube Bohlenbergerfeld GmbH & Co. KG vorliegt und in Zimmer 15 des Rathauses eingesehen werden kann.
3. Auf einen Hinweis des Beigeordneten Meyer auf ein Einfahrverbot zum Fuhrenkamp erläutert Bürgermeister Lauxtermann, dass die Beschilderung vorgenommen wurde, um den schlechten Zustand des Weges nicht noch zu verstärken.

zu 9

Anfragen und Mitteilungen

Protokoll:

1. Ratsmitglied Janssen verweist auf die Petition zur Errichtung einer Ampelanlage an der Bahnhofstraße, die an den Rat der Gemeinde Zetel gerichtet ist. Leider haben sich weder Ausschüsse noch der Rat bis zum heutigen Tage mit dieser Petition befasst, sodass er beantragt, diese auf die nächste Tagesordnung des Rates der Ge-

meinde Zetel zu setzen. Bürgermeister Lauxtermann teilt mit, dass sich der Fachausschuss in seiner nächsten Sitzung mit diesem Antrag beschäftigen wird.

2. Beigeordneter Wilken hat Kenntnis von einem Schreiben der Arbeitslosenhilfe Wilhelmshaven/Friesland an die Gemeinde Zetel. Dieses Schreiben liegt den Ratsmitgliedern jedoch nicht vor. Er erinnert daran, dass alle Schreiben an den Rat der Gemeinde Zetel unverzüglich zur Kenntnis zu geben sind. Bürgermeister Lauxtermann antwortet, dass es sich dabei um einen Antrag auf Zuschuss handelt, der nach bisheriger Beschlusslage abzulehnen ist. Er wird aber davon unabhängig das Schreiben allen Ratsmitgliedern zur Kenntnis zuleiten.
3. Ratsmitglied Koopmann ist bekannt, dass im Friesland von der Landesnahverkehrsgesellschaft ein Zuschuss zur Verbesserung der Straßenstruktur in Aussicht gestellt wurde. Er erkundigt sich, ob damit künftig bessere Erreichbarkeiten im ÖPNV zu erwarten sind. Ratsvorsitzender Pauluschke berichtet aus der Kreistagssitzung, dass der Landkreis Friesland in 2017 ein Nahverkehrskonzept entwickeln und in 2018 umsetzen wird.